

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 5

Artikel: Priester gegen Gestapo : das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094307>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen

Priester gegen Gestapo

In polnischen Predigttexten wird der Sicherheitsdienst des Landes mit seinen staatlichen Mördern der hitlerschen Gestapo gleichgestellt. Das Regime, das sich diesen Vergleich gefallen lassen muss, hat ihn selbst vor der Öffentlichkeit zitiert, um die staatsfeindlichen Aktivitäten «gewisser Priester» zu beweisen.

Nach dem Popieluszko-Prozess in Polen sind Staat und Partei im Begriff, zum Angriff auf die katholische Kirche überzugehen; die Vorbereitungen dazu sind schon längst angelaufen.

Die Selektion

Gemeint ist hierbei immer nur die Kirche in ihrem überwiegenden Ist-Zustand, das heisst jene ausgesprochene Volkskirche, die sich in ihrer Geschichte noch nie zum Werkzeug der Herrschenden hat umschmieden lassen und Willfährigkeit auch in der Gegenwart verweigert. Durchaus fördern will man hingegen die Kirche im Soll-Zustand der Anpassung, den man vor allem mit Hilfe einer «vernünftigen» – das heisst gefügigen – Hierarchie herbeizuführen hofft. Gegen eine staatsfromme Kirche hat das Regime nichts einzuwenden; im Gegenteil.

In diesem Sinne betonen die Machthaber laufend, wie «lebenswichtig» die gute Verständigung zwischen Staat und Kirche für die polnische Nation sei. Die Meinung ist: Verständigung zu unsern Bedingungen.

Das war denn auch die Botschaft, die Jaruzelski selbst an jener «Pressekonferenz» vom 28. 11. 1984 vermittelte, über die wir im «Zeit-Bild» (Nr. 25/1984) schon berichtet haben. Er lobte die «allgemeine Verständigung zwischen Staat, Nation und Kirche», aber bezüglich der Kirche schränkte er sein Lob ausdrücklich auf jene Priester ein, «die ihre Verpflichtung (gegenüber dem Staat) ehrlich erfüllen».

Aufsichtsorgan Kirchenamt

Der amtlichen Verständigung dient die gemischte Kommission von Regierung und Episkopat, die im Verlaufe des letzten Jahres viermal zusammengetreten ist.

Die Behörden haben (auch) auf diesem Weg versucht, die kirchliche Hierarchie zu bewegen,

unliebsame Priester vorsorglich selbst zu massregeln und mundtot zu machen. Tatsächlich hat die Kirchenführung versucht, diesem Wunsch nachzukommen (siehe den Fall des versetzten Arbeiterpriesters Nowak, «ZB» Nr. 7/1984), aber der Widerstand der Gläubigen war so gross, dass sich die regimewünschte Anpassung nicht bewerkstelligen liess.

So wirft der Staat weiterhin «vielen» Priestern ein politisches Verhalten vor. Soziales Engagement auf der Seite der Arbeiter wird dabei als antisozialistisch und staatsfeindlich gewertet, ein «Paradox», das für den heutigen Zustand des realen Sozialismus charakteristisch ist.

Das staatliche Amt für kirchliche Angelegenheiten hat nach eigenen Angaben im Verlauf des Jahres 1984 nicht weniger als 90 Memoranden an die zuständigen kirchlichen Stellen gerichtet, um sich über «unerlaubte politische Aktivitäten» von Priestern zu beschweren. So der Leiter des Kirchenamtes, Minister Adam Lopatka, in «Rzeczpospolita» (Warschau, 26. 1. 1985).

Jenes Amt für kirchliche Angelegenheit widerspricht schon durch seine blosse Existenz eigentlich dem Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Es dient der staatlichen Kontrolle über die Kirche und ist auf einer andern Ebene mit den gleichen Aufgaben betraut wie die sicherheitsdienstliche Vierte Abteilung des Innenministeriums, aus der sich die Mörder von Popieluszko rekrutierten. Zwischen den beiden Institutionen gibt es Koordination. Alle wichtigen Mitarbeiter des Kirchenamtes sind Vertrauensleute des Sicherheitsdienstes.

Der Staatsrechtsprofessor Adam Lopatka selbst ist ein langjähriger Vertrauter von General Zenon Platek, dem seinerzeitigen Innenminister. In seinem Interview für «Rzeczpospolita» gibt er an, sein Amt habe viele «Gespräche» mit Priestern auf allen Stufen geführt. In der Praxis

hat man sich unter diesen Gesprächen eher Verhöre vorzustellen, bei denen man die Priester mittels Drohungen und Erpressungen zu einem staatsfrommen Verhalten zwingen will.

Die beanstandete Volkskirche

Das Regime macht die katholische Kirche mindestens indirekt vor allem dafür verantwortlich, dass es die Arbeiterschaft immer noch nicht unter seine Kontrolle bringen konnte. Die offiziellen 168 Branchengewerkschaften (oder vielleicht eher Gewerkschaftsattrappen) umfassen immer noch nicht die in andern sozialistischen Ländern selbstverständlichen 100 Prozent der Arbeiterschaft. Sie zählen trotz aller Möglichkeiten zur Nötigung lediglich 5 Millionen Mitglieder, während die aufgelöste Gewerkschaft Solidarnosc auch ohne die Angehörigen der Bauerngewerkschaft («Land-Solidarität») auf 10 Millionen Mitglieder gekommen war.

Ihrerseits fiel die Parteimitgliedschaft trotz intensiver Werbung zwischen 1981 und 1985 von 3,1 auf knapp 2,2 Millionen zurück.

In Polen gehören 90 Prozent der Bevölkerung zur katholischen Kirche, 3 Prozent teilen sich auf 30 weitere Religionsgemeinschaften auf, und 7 Prozent sind nichtgläubig. Der Massencharakter der katholischen Kirche wird in der Presse nicht verneint, wohl aber die entsprechende Religiosität. So schrieb ein Edmund Lewandowski in der Zeitung «Oglosy» vom 29. 9. 1984, zwar seien zum Beispiel 90 Prozent der Warschauer katholisch, aber kaum einige Prozent akzeptierten für sich die Normen der christlichen Moral. «Der Katholizismus manifestiert sich bloss in Deklamationen und Massenaktivitäten, aber das hat nur wenig Einfluss auf das Verhalten der Menschen.» An sich ein seltsamer Vorwurf aus atheistischer Warte, denn in diesem Falle stellt sich die Frage erst recht: Wieso identifizieren sich die werktätigen Massen mit der Kirche, wenn sie gar nicht religiös motiviert sind?

Rechtfertigung der andern Mittel

Es geht tatsächlich um das soziale Prestige der Kirche, und dieses hängt mit ihrer Tradition zusammen, auf der Seite der Unterdrückten gegen die Unterdrücker zu stehen. Sie von dieser Rolle abzubringen ist deshalb das erstrangige Bemühen der Machthaber. Mit guten Worten, soweit es geht, und sonst eben anders. Die

Rechtfertigung der andern Mittel, weil das gültliche Zureden ja doch nichts genützt habe, ist von der offiziellen Diktion nie weit entfernt und war gerade im Zusammenhang mit dem Popieluszko-Prozess ausdrücklich vernehmbar.

Jaruzelski selbst hat im Namen des gesamten Politbüros gesprochen, als er den Sicherheitsdienst gegenüber den «staatsfeindlichen Aktivitäten verschiedener Elemente» in Schutz nahm («Rzeczpospolita», 24. 12. 1984). Wir haben im «ZeitBild» die relevanten Passagen seiner Ausführungen seinerzeit wörtlich gebracht (Nr. 2/1984, S. 3: Jaruzelski: SD ist gut). Zur gutgeheissenen «sonstigen» Tätigkeit des Sicherheitsdienstes gehören damit implizierterweise eine ganze Reihe von sicherheitsdienstlichen Morden an Oppositionellen; alle diese Fälle sollen ungeklärt bleiben und ihre ungeahndete Fortsetzung finden dürfen.

Das ominöse Motiv «Was hätten wir denn sonst tun sollen?» ist seither aus der polnischen Presse nicht wieder verschwunden. So betonte die «Zycie Warszawy» am 8. Februar, man habe vergeblich versucht, die Aktivitäten Popieluskos einzudämmen; auch ein diesbezügliches Gespräch mit Lech Walesa sei vergeblich geblieben.

Die Berichterstattung über den Popieluszko-Prozess war tendenziös und unvollständig; sie



Die Volkstümmlichkeit des Amtsdredners. Unter dem Rednerpult erscheint die Anweisung: «Heisser Beifall während 1 Minute, 25 Sekunden». (Bei der Wiedergabe von offiziellen Parteilieferanten und dergleichen in der Presse erscheinen regelmässig Zwischenbemerkungen wie «Beifall» oder «lang anhaltender, starker Beifall»; das ist eine Gepflogenheit in allen sozialistischen Ländern. Das Publikum weiss, an welcher Stelle wieviel Beifall von ihm erwartet wird.) Eine bemerkenswerte Karikatur von «Polityka», Warschau, 16. 2. 1985

war denn auch Gegenstand eines Protestes, den der Vorsitzende der Episkopatskonferenz, Erzbischof Bronislaw Dabrowski, beim Vorsitzenden des Komitees für Radio und Fernsehen einreichte. Verbreitet und hervorgehoben worden seien nur jene Äusserungen von Angeklagten und Zeugen, welche auf eine Beleidigung der Kirche hinausliefen. Im gleichen Sinne habe auch die Polnische Presseagentur (PAP) die öffentliche Meinung manipuliert. «Da die Massenmedien unter Staatsmonopol stehen, stellt sich die Frage, wer ein Interesse daran hat, dass die Beziehungen zwischen Staat und Kirche erneut gestört werden.» Der Protest ist in der katholischen Wochenzeitung «Tygodnik powszechny» (Krakau, 17. Februar) veröffentlicht worden; sonst nicht.

Demgegenüber äusserte sich Minister Jerzy Urban, der Regierungssprecher, positiv zum Prozess: er sei als «Beitrag zur nationalen Verständigung» zu betrachten («Polityka», Warschau, 16. 2. 1985). Urban selbst hatte unter dem Pseudonym Jan Ren seinerzeit in der Wochenzeitung «Tu i Teraz» eigentliche Hasstiraden gegen Popieluszko und seine «schwarzen Messen» veröffentlicht, und die übrige Presse hatte das übernommen.

Dass der Staat zum Gegenangriff übergehen will, zeigen die Äusserungen seiner Vertreter. Minister Lopatka, der erwähnte Leiter des Kirchenamtes, erklärt in seinem Interview, sein Amt sei in «zahlreichen Briefen» aus der Bevölkerung aufgefordert worden, «auf die staatsfeindlichen Aktivitäten gewisser Priester energischer zu reagieren» («Rzeczpospolita», 26. 1. 1985).

Urban: Man vergleicht uns mit den Nazis

Um die immer wieder vorgebrachte Beschuldigung der «staatsfeindlichen Aktivitäten» von sozial engagierten Priester zu belegen, hat der Regierungssprecher Urban es unternommen, der Öffentlichkeit einige Zitate aus beanstandeten Predigten vorzulegen. Ob dieses Unternehmen in seinem Sinne produktiv oder kontraproduktiv war, bleibe dahingestellt; auf jeden Fall ergibt es sich, dass man auf den polnischen Kanzeln die Parallele zwischen dem seinerzeitigen Nazi-Regime und dem heutigen Regime gezogen hat, und das ist ein Thema, dessen öffentliche Behandlung man in sozialistischen Verhältnissen sonst wohlweislich meidet.

Als Anlass dazu nahm Urban die Pressekonferenz vom 12. Februar. Dort stellte vor den ausländischen Journalisten ein polnischer Redaktor die wahrscheinlich bestellte Frage: «Können Sie zu den Behauptungen der westlichen Presse über angebliche Angriffe der polnischen Behörden auf die katholische Kirche Stellung nehmen?»

Urban erklärte nun, wenn in der polnischen Presse kritische Artikel über Kirche und gewisse Priester erschienen, so sei das defensiv zu verstehen, im Sinn einer Antwort auf die aggressiven politischen Äusserungen einiger Priester. Und zum Beweis dafür zitierte er etliche

(offensichtlich vom Sicherheitsdienst auf Tonband aufgenommene) Stellen von Predigten.

Die von Urban vorgebrachten Zitate bilden tatsächlich eine interessante Lektüre. Und es ist wirklich erstaunlich, dass sie von Regierungsseite übermittelt werden, denn sie zeigen den antifaschistischen Charakter der beanstandeten staatsfeindlichen Äusserungen.

Hier einige Beispiele aus dem, was Urban selbst zitiert hat: Ein Hilfsbischof aus Czeszochowa erinnerte Anfang Februar im Zusammenhang mit polnischen Lagern an Auschwitz und Treblinka. Am 25. Januar sagte der Priester Malkowski in Warschau, die Kirche werde angeklagt, und ihre Ankläger seien die «Vertreter jenes Systems, das nicht nur seinerzeit mit der Gestapo zusammengearbeitet hat, sondern sich auch der Gestapo-Methoden bedient» (!!!).

Auch ohne den ausdrücklichen Bezug auf das nationalsozialistische Vorläuferregime sind von der Kanzel aus etliche Dinge über die Henker im staatlichen Auftrag gesagt worden. Ein Priester namens Nowak erklärte: «Einige loben die grossen Errungenschaften der letzten 40 Jahre, aber die Ermordung des Priesters Jerzy (Popieluszko) ist eine Tatsache, die alles durchstreicht.» Am 29. Januar erklärte ein Priester in der Kirche des Hl. Stanislaw Kostka (wo auch Popieluszko seine Predigten gehalten hatte) im Warschauer Arbeiterviertel Zoliborz: «Die kommunistische Macht in Polen bildet spezielle Henkersknechte und Mörder aus.» In der gleichen Kirche sagte ein anderer Priester am 27. Januar in seiner Predigt: «Nicht diese vier (Angeklagten im Popieluszko-Prozess) sollte man vor Gericht stellen, sondern den ganzen Sicherheitsapparat» (!). In der Wojewodschaft Lublin sagte ein Priester von der Kanzel: «Der Staat sollte den Priestern zuhören, weil diese es sind, welche die Menschenrechte verteidigen.»

Die oberste Kirchenführung befindet sich in einer schwierigen Situation; sollte sie den «Dialog» mit dem Staat in echtem Sinne fortsetzen, so könnte dies einen noch grösseren Druck auf die Kirche nach sich ziehen. Die Sicherheitsorgane könnten die einzelnen Gläubigen auch in Polen zwingen, sich gegen die eigene Kirche zu äussern, wodurch das Ansehen der kirchlichen Hierarchie gefährdet würde. Wenn sie zum staatlichen Terror schweigt, so könnte dies zur inneren Spaltung der Kirche führen (wie z. B. in Ungarn durch die sogenannten «Basisgemeinden»).

In seinem Brief an die Gläubigen Ende 1984 wünschte der Kardinalprimas Glemp, dass das neue Jahr die moralische Neugeburt Polens bringe («Rzeczpospolita», 17. 12. 1984). Der frühere Versuch des Regimes, gegenüber der römisch-katholischen Kirche die polnische katholische Kirche zu unterstützen, ist gescheitert (heute zählt sie nur 33 000 Mitglieder); ein Druck durch die Gefährdung der auch sonst schweren Existenz der gläubigen katholischen Familien könnte aber jetzt mehr Erfolg haben, besonders wenn man weiss, dass hinter dieser neuen Taktik die ganze Macht der UdSSR steckt.

re/ddm